

Ein eigener Staat für die Palästinenser: darüber diskutiert man in Nahost. Doch das Territorium gehört zu Jordanien. — Mit Taher Masri, Minister für die jordanischen Westgebiete, sprach G. Mack

„Von uns aus sollen sie ihren Staat haben“

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT: Die Errichtung eines eigenen Staates der Palästina-Flüchtlinge wird in Nahost intensiv erörtert. Scheint sich zum erstenmal seit 27 Jahren eine konstruktive Lösung dieses für unlösbar gehaltenen Problems abzuzichnen?

Taher Masri: Die Palästinenser hatten verschiedene Möglichkeiten, ihre Angelegenheiten einer Lösung zuzuführen. Es scheint, daß sich die PLO (Dachorganisation der verschiedenen Palästinenser-Organisationen) jetzt darauf konzentriert, einen eigenen Staat im derzeit von Israel besetzten Gebiet der

Rest-Jordanien. Ob die Menschen schließlich überhaupt bereit sind, in diesen Palästinenser-Staat zu ziehen, hängt ganz entscheidend davon ab, ob in dieser Region und an den Grenzen Stabilität herrscht. Sollte zum Beispiel die PLO auf die Idee kommen und ihre Waffen mitbringen und von dem neuen Staat aus erneut zu kämpfen beginnen, dann würden viele Menschen, ich weiß nicht zum wievielten Mal, wieder die Flucht vorziehen.

DS: Gibt es für den Tag X, an dem die Westbanks von Israel getrennt werden, Aufbaupläne?

Masri: Für den Fall, daß die Westbanks zu Jordanien zurückkehren, haben wir Pläne, allerdings gehen sie nicht sehr ins Detail.

DS: Und für den Fall eines selbstständigen Staates?

Masri: Die PLO würde solche Pläne als Eingriff in ihre eigenen Kompetenzen bezeichnen.

DS: Die Führer der PLO schützen das royalistische Jordanien nicht...

Masri: ... ja, das kann man so sagen ...

DS: ... sie verstehen sich ausnahmslos als Sozialisten, manche sind auf dem äußersten linken Flügel angesiedelt. Fürchtet Jordanien das Entstehen eines sozialistischen Staates an seiner Westgrenze?

Masri: Es stimmt, daß einige der Palästinenser derzeit sehr extrem sind. Aber wenn sie wirklich diese Chance bekommen sollten, einen eigenen Staat aufzubauen, dann wird viel von diesem Extremismus in sich zusammenfallen. Man darf, und das gilt vor allem für die Westen, nicht vergessen, daß diese Leute viel gelitten haben, und aus Verzweiflung radikal geworden sind. Aber das ist doch nicht zu ihrem eigenen Wesen geworden. Das heißt auch nicht, daß sie davon nicht rüberkommen, sobald sie eine ernste und faire Chance bekommen. Ein Jahr faire Chancen — und Sie werden nichts von Terrorismus hören.

DS: König Hussein hat vor einiger Zeit den Vorschlag lanciert, West- und Ost-Jordanien zu relativ selbständigen Bundesstaaten unter der vereinigten Krone der Haschemiten zu machen. Was war der Sinn dieses Versuchsballons?

Masri: Das war kein Versuchsballon. Das war ein konkretes Angebot. Wir stehen nach wie vor dazu.

DS: Das hieße, wie die Dinge liegen: Ein PLO-geführter Westbanks-Bundesstaat

schon Golf. Wie soll unter solchen Voraussetzungen eine gemeinsame politische Willensbildung geschehen?

Masri: Das ist das Problem. Und das wird noch ungeahnte Schwierigkeiten verursachen. Denken Sie an die Westbanks. Da leben 750 000 Palästinenser, zum Teil noch auf eigenem Land, in eigenen Häusern. Dann kommen Palästinenser aus den Flüchtlingscamps, sagen wir im Libanon. Arm wie sie sind, stehen plötzlich die Habenichtse neben den Häusern der relativ Wohlhabenden. Alle sind Palästinenser, gut. Aber das reicht nicht auf die Dauer. Soziale Konflikte zu verhindern. Selbst Israel mit seinen gewaltigen Kapitalmitteln im Hintergrund, mit seiner Technologie, seinem Know-how und der ganzen bereits vorhandenen Infrastruktur akzeptiert nicht mehr als höchstens 70 000 Einwanderer pro Jahr. Aber auf den Westbanks sollen Millionen einströmen. Wie soll das geschehen? Oder Gaza: Wir (Taher Masri stammt von den Westbanks. Anmerkung der Redaktion.) haben früher Gaza eigentlich nicht als Teil Palästinas betrachtet. Das war so etwas wie eine andere Nationalität. Das heißt: Wenn die Palästinenser endlich haben, was sie jetzt noch erst mit Nachdruck fordern, werden sie ihre eigentlichen Probleme erst entdecken. Jetzt träumen sie noch vom Ziel. Aber wenn sie es erreicht haben, was dann?

DS: Was ist Ihr Eindruck — sind die PLO-Führer auf die Konfrontation mit diesen Problemen leidlich vorbereitet?

Masri: Ich würde sie haben noch nicht einmal daran gedacht.



Westbanks zu errichten. Diese Entscheidung wird ihnen manche Probleme beschaffen. Ich meine damit weniger, daß die Palästina-Flüchtlinge bis jetzt noch gar nicht um ihre Zustimmung gefragt werden konnten — ich glaube schon, daß die PLO hier einen ganz guten Draht zur Bevölkerung hat...

DS: Die Westbanks sind, trotz israelischer Besetzung, Teil des jordanischen Staats. Das Konzept eines neuen Staates Palästina disponiert jedoch über das jordanische Territorium, als gehöre es bereits nicht mehr zum jordanischen Hoheitsgebiet.

Masri: Die jordanische Staatsdroht erstreckt sich zweifelsfrei und völlig legal auch auf die Westbanks. Die PLO kann daran mit Sicherheit nicht vorbeispielen. Wir betrachten dieses Gebiet selbstverständlich nach wie vor als Teil Jordaniens. Andererseits wissen wir auch, daß manche Palästinenser damit nicht zufrieden sind. Die Haltung unserer Regierung zu diesem Punkt ist eindeutig und klar. Wir warten darauf, was die Palästinenser selbst wollen. Wir haben wiederholt festgelegt und stehen dazu, daß die Palästinenser frei selbst entscheiden sollen, was sie wollen. Wollen sie einen eigenen Staat auf den Westbanks — wir werden uns dem



Zwischen Jerusalem und Amman: Westlich des Jordans, knapp 10 Prozent des jordanischen Staatsgebietes umfassend — hier soll „Palästina“ entstehen, Heimat für 3 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge.

unter dem Haschemiten-König Hussein. Was hält die PLO davon?

Masri: Gar nichts.

DS: Das scheint Sie nicht sonderlich zu beeindrucken.

Masri: Die Dinge verändern sich in dieser Region derzeit außerordentlich rasch. Das gilt für fast alle Fronten und Problemstellungen. Wenn die Palästinenser eines Tages schließlich ihre eigene Regierung im eigenen Land in Reichweite sehen sollten, dann wird erst der Übergang vom kleinen Kampf zur großen Auseinandersetzung erfolgen.

Dann geht es in den inneren Auseinandersetzungen darum, welche Struktur sie ihrem eigenen Staat geben wollen. Und es wird auch darum gehen, ob sie das alles ohne die aufrichtige Hilfe eines Nachbarn bewilligen können.

DS: Es ist üblich, von den Palästinensern zu sprechen. Tatsächlich leben die Flüchtlinge ohne intensive Kommunikation seit einem Vierteljahrhundert unter verschiedenen Bedingungen und Einflüssen in verschiedenen Ländern. Syrien, Libanon, Gaza, West- und Ost-Jordanien, als Gastarbeiter am Persi-

Europa à la carte

Die Gemeinschaftsküche von Brüssel ist geschlossen

Von Hans Apel

Manches deutet darauf hin, daß der notwendige Prozeß der Bestandsaufnahme und Klärung der Zielrichtung westeuropäischer Politik der Integration beendet wird, ohne er überhaupt erst recht in Gang kommt. Schon klingen allerorten die eingebüßten Sentenzen wieder an: Die Europäische Union bis 1990 bleibe oberstes Ziel der Politik und sei erreichbar; das europäische Europa werde seine Rolle in der Weltpolitik spielen und seine Beziehungen zu den Supermächten entsprechend neu definieren.

Leertformeln und Beschwörungsriten

Was mag hinter der Neigung stehen, vor den unübersichtlichen Realitäten der westeuropäischen Integration den Kopf in den Sand zu stecken? Die Angst vor einer öffentlichen Meinung in den Mitgliedsstaaten, die nicht noch mehr über die aktuellen Chancen und Möglichkeiten der EG verunsichert werden dürfte? Wohl kaum! Unsere Bürger sind mit Worten satt und über Brüssel längst nicht mehr zu befriedigen. Sie wollen Taten sehen und überzeugt werden davon, daß Vor- und Nachteile der Integration gleichmäßig verteilt werden. Sie wollen realistische, politische Perspektiven sehen. Das Europa der Worte, l'Europe des Paroles, ist verbraucht.

Wesentlicher für die Rückkehr zu den europäischen Sentenzen ist wohl die Einsicht, daß auch eine ehrliche Bestandsaufnahme und das Beseitigen aller Leerformeln wie aller Beschwörungsriten kaum eine Chance gibt. In annehmbarer Zeit realistische Perspektiven weitreichender europäischer Integration zu entwickeln. In einer Reihe von EG-Ländern nehmen die innenpolitischen Turbulenzen in den vor uns liegenden Monaten eher zu als ab. Nicht alle Regierungen sitzen so fest im Sattel, daß sie sich neben den von ihnen rational verlangten Balanceakten und schwierigen Entscheidungen noch in der Lage glauben, auch nach in Brüssel einen Neubeginn mit echten Zuständigkeiten akzeptieren zu können.

Wenigstens in Brüssel soll möglichst noch lange die Chance erhalten bleiben, der Reparatur überholter Strukturen und Entscheidungsprozesse ausweichen zu können. Brüssel soll keinen heilsamen



VOM AL FATAH-BOSS zum Palästinenser-Diplomat: Jassir Arafat

Zwang auf nationale Wege der Wirtschaft- und Finanzpolitik ausüben können. Nationale Egoismen grassieren. Vorteile sollen national erworben werden. Wenn es aber nicht mehr weitergehen sollte, will man auch weiterhin auf die Gemeinschaft zurückgreifen können. Ich nenne das l'Europe à la carte. Man kocht in Brüssel kein gemeinsames Menü mit den Zutaten aus allen EG-Ländern mehr, um es dann auch gemeinsam zu genießen. Es wird à la carte bestellt, nur das akzeptiert, was nutzt und daher mündet. Den Brüsseler Köchen bleibt es überlassen, die parlamentarischen Forderungen auf einen Nenner zu bringen.

Das beste Beispiel dafür ist die Debatte um den Regionalfonds. Ursprünglich bestand das Menü mindestens aus der 2. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, der Koordinierung der nationalen Regionalpolitiken zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in den EG-Ländern, dem Regionalfonds und Fortschritten im institutionellen Bereich. Jetzt wird nur noch à la carte der Regionalfonds à la carte herbeikommen, der Wirtschafts- und Währungsunion wird auf absehbare Zeit zu einer Platea Morgans. Und die Brüsseler Köche können sehen, wo sie die Mittel für den Regionalfonds à la carte herbeikommen.

Und hier liegt unsere deutsche Verantwortung und eine Chance für Europa. Wir dürfen diese Entwicklung nicht zulassen. Sie ist unserem nationalen Interesse wie der europäischen Integration nicht förderlich. Sie wird von unseren Bürgern abgelehnt. Sie sind bereit, für Europa auch Opfer zu bringen, aber doch nur dann, wenn sich daraus auch ein sichtbarer politischer und wirtschaftlicher Fortschritt ergibt.

Deshalb müssen wir Schluss machen mit den europäischen Leerformeln. Denn unser Interesse muß in der Klarheit der Analyse und der sich daraus ergebenden politischen Chancen für Europas Integration liegen. Wenn wir die europäischen Leerformeln erneut als Credo und Ersatz für eine tatkräftige Europäische Konferenz der EG-Länder soll im Spätherbst in Bonn stattfinden. Sie hat nur dann eine Chance, für Europa neue Zeichen zu setzen, wenn sie die Bestandsaufnahme und die Möglichkeiten europäischer Politik so realistisch zwischen acht EG-Ländern und Frankreich über unsere Beziehungen zu den USA zu kaschieren. Auch hier können

Wortswaden und Politnebel

Es hat überhaupt keinen Zweck, den tiefgreifenden Meinungsunterschied zwischen acht EG-Ländern und Frankreich über unsere Beziehungen zu den USA zu kaschieren. Auch hier können

„pro africa“: Aktion und Information

Brot für Sambia

Von Dieter Brauer

Der nigerianische Bürgerkrieg (1967-70) brachte, zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik, so etwas wie eine Massenbewegung zugunsten einer unterdrückten Bevölkerungsgruppe in Afrika in Gang: Schüler- und Studentengruppen, Pfarrgemeinden, politische Parteien und ihre lokalen Gliederungen engagierten sich in Hilfsaktionen für die hungernden Biafra-Kinder; es kam zu Straßensammlungen, Hungermärschen und Protestdemonstrationen. Diese Bewegung konnte sich nur so rasch entfalten, weil sie von beiden christlichen Kirchen unterstützt wurde. Ihre Anhänger kamen zumeist aus Kreisler, die zwar von Afrika wenig wußten, sich aber dem humanitären Appell nicht verschlossen.

Mit dem Ende des Krieges und dem Verschwinden der Horrortafel aus dem Massenmedien erlosch auch das Interesse an Biafra und Afrika. Eine Analyse der Probleme, die zu der Katastrophe in Nigeria geführt hatte, unterließ. Jede neue Katastrophe — ob in Burundi, in der Sahelzone oder Äthiopien — wurde wiederum als Naturereignis interpretiert, als Teil der Wirklichkeit in jenen unverständlichen Kontinent, der nicht nur wegen der Häufigkeit seiner Bewohner als der „Dunkle“ bezeichnet wird.

Vor den vielen Biafra-Organisationen, die während des Bürgerkrieges wie Pilze aus dem Boden schossen, ist „pro africa“ eine der wenigen Gruppen, die sich entschloß, nach dem Krieg weiterzuarbeiten. Am Anfang stand die Erkenntnis, daß die notwendige humanitäre Hilfe nicht ausreicht; daß man an den Strukturen, in der Dritten Welt und bei uns — ansetzen muß, wenn man verhindern will, daß sich solche Tragödien in Afrika und anderswo wiederholen. Neben der Fortführung eines Schulförderungsprogramms für Volksschüler aus sozial schwachen Familien in Nigeria suchte man daher Kontakt zu den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Medikamenten- und Kleiderspenden, Ausbildungsstellen und die Anschaffung eines Landrovers für ein Schulprojekt der MPLA — der Befreiungsbewegung für Angola — waren die bisherigen Aktivitäten. „Kriterium der Arbeit pro africa“ bleibt auch 1974 die konkrete Absage an Rassismus und Kolonialismus durch Information und Aktion, heißt es in einer Informationsbroschüre der Vereinigung. Eins der Projekte, für das man um Unterstützung in der Bundesrepublik wirbt, wird in der Broschüre beschrieben.

Projekt als Testfall

Es handelt sich um eine etwa 870 ha große Farm in Sambia, auf der etwa 1,0 Flüchtlinge aus Südwesafrika — Namibia — sehaft gemacht werden sollen. Geplant wurde das Projekt von der SWAPO — der Volksorganisation für Südwesafrika — einer parteilichen Bewegung, die innerhalb und außerhalb Namibias für die Unabhängigkeit des ehemaligen Mandatsgebietes eintritt. Unter den Flüchtlingen sind Angehörige mehrerer ethnischer Gruppen Namibias, darunter Ovambos, Hereros, Buschmänner und Lozis. Ein Erfolg des landwirtschaftlichen Projektes in Sambia wird daher von der SWAPO als Testfall für das spätere Zusammenleben der verschiedenen Stammesgruppen in einem unabhängigen Namibia gesehen.

Schon jetzt steckt jedoch das Projekt in der ersten Krise. Durch die Dürre des Jahres 1973 ist die Maisernte kleiner als erwartet ausgefallen und muß nun vollständig verkauft werden, um Kredite zurückzahlen, die man zur Anschaffung der Grundausstattung von Saatgut und Düngemitteln aufgenommen hatte. Bis zur nächsten Ernte fehlt es den 50 Kindern, 40 Frauen und 15 bis 20 Männern an den nötigsten Nahrungsmitteln. Auch das Wasser ist ein Problem. Zwar hat die SWAPO einen Brunnen bohren lassen, aber um auch die Felder mit seinem Wasser bewässern zu können, reicht die vorhandene Handpumpe nicht aus. Eine Motorpumpe muß angeschafft werden. Für den Schulunterricht der Kinder, der bisher unter freiem Himmel stattfand, sind Materialien wie eine große Tafel, Schulbücher, Papier und Bleistifte erforderlich. Der SWAPO-Arzt, der die Leute medizinisch versorgt, braucht dringend Medikamente. Alles in allem schätzt „pro africa“ den Finanzbedarf der Namibia-Farm für Sofort- und Aufbauhilfe auf rund 30 000 DM. Dann könnte auch eine Motorpumpe gekauft und ein geländegängiges Fahrzeug für den Transport von Personal und Lasten von und nach Lusaka angeschafft werden. Mit diesem Betrag könnten mehr als 100 Menschen eine Starthilfe erhalten, um in Zukunft auf eigenen Füßen stehen zu können.



HANS APEL, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt

den USA weiter verstärken muß. Ich teile die französischen Vorstellungen zur Europapolitik überhaupt nicht. Dennoch können sie uns veranlassen, den offenen und ehrlichen Dialog unter Freunden über Europas Chancen und Europas Zukunft zu führen. Die nächste Gipfelkonferenz der EG-Länder soll im Spätherbst in Bonn stattfinden. Sie hat nur dann eine Chance, für Europa neue Zeichen zu setzen, wenn sie die Bestandsaufnahme und die Möglichkeiten europäischer Politik so realistisch zwischen acht EG-Ländern und Frankreich über unsere Beziehungen zu den USA zu kaschieren. Auch hier können